

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
12 (1898)**

33 (9.2.1898)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-249602](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-249602)

gar nichts dergleichen gethan hat, halten sie diesmal wieder eine solche Resolution für genügend. Genosse Singer schlägt einen anderen Weg vor, er verlangt die durch die Erhöhung bedingte Mehrausgabe noch in den laufenden Etat eingestellt und verleiht die diesen Betrag in einer ganz klar einleuchtenden wirkungsvollen Weise. Da kamen aber die überaus mobilisierenden Herren und Herren staatsrechtliche Bedenken vor, der Reichstag, sagen Sie, habe nicht das Recht, ohne Einverständnis mit dem Bundesrat sichhändig in den Etat einzumischen. Wieder einmal zeigte sich der Sozialdemokrat gegenüber volle Einigkeit unter sämtlichen bürgerlichen Parteien. So groß die Klugheit sozialdemokratischer und bürgerlicher Parteien, so groß ist in Wahrheit auch der Unterschied in dem Maße der Wohlwollen für die Entzeden der Bedrohung, zwischen Arbeiterpartei und Bourgeoisie. Zu dieser Einigkeit werden nun wohl bald auch die Postunterbeamten kommen.

Der Austritt des Eisenbahn-Ministers soll trotz aller offiziellen Ablehnungen nach Erledigung des Eisenbahn-Etats im Landtage bestimmt erfolgen. Als Nachfolger wird wieder ein „General“, und zwar der frühere Chef der Eisenbahn-Regie und jetzt zur Disposition gestellte General der Infanterie v. Gols bezeichnet. Wird Herr v. Mikul auch bei seinem Abgange durch einen Jahrmehrer ersetzt werden?

Was blieb die Reichsverfassung, wo der bürgerliche Ausbruch für ausmüchtige Angelegenheiten, und wo der Reichsfinanz? Über den persönlichen Antheil des Reiches an der Erweiterung von Staatsschulden macht die „Deutsche Tageszeitung“ folgende Mittheilung: „Der diplomatische Antheil des Auswärtigen Amtes ist, so sehr wir uns sonst des neuen Staatssekretärs freuen dürfen, bei diesem Erfolge doch ziemlich unersächlich. Mit gutem Gewissen konnte daher auch Herr v. Bülow nur der Budgetkommission die Erklärung abgeben, daß vor der Regierung eine Verabreichung mit den Mächten nicht erfolgt sei. In der That hatte aber unser Auswärtiges Amt den Schritt vorbereitet, noch J. B. der russische Minister des Auswärtigen Kenntniß davon bekommen, einfach aus dem Grunde, weil von unserem Kaiser an den russischen eine Verabreichung von Person zu Person erfolgt war. Auch das verdient nachträglich ins Licht gestellt zu werden, daß die Väterung selbst in allen Stadien der Vorbereitung, vom ersten bis zum letzten, ausschließlich das Reichthum in Ostasien stationirt gemessenen Admirale Hollmann, Tzipin und Diebrich gewesen ist.“ Das ist ja eine sehr interessante Entthüllung, welche das in solchen Dingen auch informierte Publikum hier macht. Allerdings — das müssen wir getehen — genau so haben wir uns die Entwicklung der ostasiatischen Expedition gedacht. In allen Stadien vorbereitet war sie also, und so gerade zur rechten Zeit kam dann die Ermordung der „deutschen Brüder“ fischlichen Berufs.“

Ein geheimer Geis des Ministers der Rede bildet den Gegenstand von Feststellungen in einem Prose, der in Wosen wegen Verächtligmachung von Staatsentrichtungen gegen den verantwortlichen Redakteur Josef Semionowski vom „Trendonit“ (Organ der polnischen Volkspartei) seinen Anfang nahm. Die Kritik des Erlasses wurde vom Reichstheger behauptet, auch erklärte dieser, er habe den Wortlaut desselben zu den Akten gegeben. Das Reichstheger siehe sich auf die Überwachung der polnischen Vereine, widerspreche aber der Verfassung und dem Vereinsgeetze. Das Gericht beschloß einwilligen die kommissarische Vernehmung des Ministers.

Das Reichs-Marineamt hat der Denkschrift über die „See-Interessen des Deutschen Reichs“ nunmehr eine Fortsetzung folgen lassen in Gestalt einer Denkschrift über die Ausgaben für Flotte und Landwehr, ihre Stellung im Haushalt der wichtigsten Großstaaten.“ Die 240 Seiten umfassende Denkschrift erörtert in drei Hauptabschnitten I. die Entwicklung der Ausgaben für Landesverteidigung und Schuld in den Großstaaten, zerkullend 1. in die Ausgaben für die Marine, 2. die Marine-Ausgaben im Vergleich zu den drei Hauptobjekten des Marinebudgets, und 3. den Gesamtumfang der Landesverteidigung und Schuld. Abschnitt II behandelt die öffentlichen Ausgaben nach ihrer konkreten Zweckbestimmung, und Abschnitt III die Deckung der öffentlichen Ausgaben in den Großstaaten. Ein Schlusswort faßt die Resultate der Erörterungen zusammen, eine große Anzahl von Tabellen und graphischen Darstellungen giebt eine Erläuterung des Textes. Die Denkschrift hat den Zweck, die Bedenken gegen die Erhöhung der Ausgaben für die Marine zu zerstreuen. An diese Denkschrift dürfte sich eine lebhafto Diskussion in den Zeitungen und im Reichstag knüpfen.

Der Gesetzentwurf betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verrichtung der durch die Hochwasser des Sommers 1897 herbeigeführten Beschädigungen ist dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Es werden darin der Regierung 5 Millionen zur Verfügung gestellt, die durch eine Anleihe ausgetrahrt und ohne Rückzahlungsverpflichtung demilligt werden sollen an einzelne Beschädigte zur Erhaltung im Wohn- und Nahrungszustande, an Gemeinden zur Wiederherstellung ihrer geschädigten gemeinnützigen Anlagen, ferner

zur Wiederherstellung und nothwendiger Verbesserung geschädigter Dämme, Uferbauwerke und damit in Verbindung stehender Anlagen, zur Ausführung besonders dringender Raumungs- und Freilegungsarbeiten und zu Vorarbeiten für den Ausbau hochwassergefährdeter Flüsse.

Aus ihrer absoluten Feindschaft gegen Verträge machten die Konserwativen aus ihrem Parteitage keinen Geis. Graf Kanitz, der Referent in der Frage der Wirtschaftspolitik war, erklärte nach der „Kreuzzeitung“ u. A.: „Die Frage, ob die Handelsverträge verlängert werden können, ist längst erledigt; das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit hat längst ein Urtheil darüber gesprochen! Die ablehnende Haltung der konserwativen Partei zu den Handelsverträgen hat sich gerechtfertigt. Es war ein Fehler, daß Tarifverträge auf die Dauer von 12 Jahren abgeschlossen worden sind, es hat sich auch als ein Fehler erwiesen, daß man die politischen Motive mit wirtschaftlichen Interessen vermischt hat.“ Und unter sämmtlichem Beifall erklärte der Herr Graf die Möglichkeit, daß Angesichts des Zollverhältnisses zu Amerika, der Abkündigung des englischen Handelsvertrages und der ungarischen Agitation gegen das Handelsbündniß mit Oesterreich Verwicklungen eintreten könnten: „Wenn nun alle diese Vorgänge zu Verwicklungen führen sollten, bei denen unsere somosen Handelsverträge über Bord gehen würden, so würde ich das als ein Unglück nicht betrachten. Die Klugheit, die heute die bürgerliche Gesellschaft in zwei Theile zu spalten droht, muß geschlossen werden. Darum dürfen die Landwirthe sich und die kleinen Mittelstände nicht überwachten werden, und die Forderung darf das nicht noch fördern. Deshalb fort mit der Zwangsjade der Handelsverträge. Der Forderungsprozess, an dem wir leiden, muß gehemmt werden. Möchte ich diese Erkenntniß an entscheidender Stelle Bahn brechen, ehe es zu spät ist.“ — Das ist wenigstens offen gesprochen. Werden die Industriellen nicht erkennen, was sie bei der Vorbereitung der neuen Handelsverträge von den Agrariern zu erwarten haben? Man sollte es glauben. Für die „Politik der Sammlung“ wird diese Stellungnahme der Konserwativen nicht gerade förderlich sein.

Schumanns Rief freigesprochen. In dem Prose gegen den Kriminalschumann Riefer hat das Landgericht Köln das Urtheil verurtheilt. Es ist ausgefallen, so schreibt der „Vorwärts“, wie nach dem Gange der Verhandlungen zu erwarten war; der spätere Bericht der preussischen Staatsanwaltschaft wurde der vollständigen und unvoretheillichen Freispruchsentscheidung und Korrektur zugewiesen, sowie bei öffentlicher Verhandlung mit Schuldig erkannt, und die sonstig preussische Polizei kann nun aufstehen und tragen. Satten wir nicht recht, wenn wir sagten, der Riefer sei von unserem Standpunkt aus ein sehr tüchtig, unerschütterlicher, ruhiger, nachsichtiger, prüfungsreuer und gemüthlicher Beamter? Riefer hat zwar nach den unbeanstandeten, eblischen Zeugenaussagen ein gestittes Mädchen, das sich vor der eigenen Wohnung trüchte, einen ungerathenen nicht Störung folge zu leisten, ihn aber gegerert, und die Hand gemorren, so daß sie nieberstie, und sie dann wieder in die Höhe gegerert und beschimpfte. Er hat, als die Mutter, die sich als gegerert, Tochter ihn ansehete, doch ihr Kind loszulassen, dieses Helsen mit einem böhmischen Lachen beanwortet, und dabei geschanden, wie diese Mutter von anderen Beamten an die Brust gepackt und gewalttham zurückgeschoben wurde. Der Schumann hat also recht gehandelt, als er sich auf offene Straße einen solchen Eingriff in das Recht, was der Deutsche kennt“, gestattete. Er hat in diesen skandalösen Fälle nicht gehandelt, als pflichtgemäß seines Amtes gemalet, trotzdem die Verhaltung der Mädchen heftig und ausbrechlich einer Polizei-Instruktion zuwider vorgekommen worden war. In jedem Menschen muß nach einem funken Gestimmung im Leibe muß die Kolner Polizeihait Abfesse und Empörung hervorgerufen, aber der Hauptheil dieser Akte liegt gerechtfertigt da und lag: „Wir kann Keiner“ und in der That. Riefer mußte freigesprochen werden. Erkenne, was er wirklich „pflichttreu“ gehandelt hat und ihm nach dem Rückblick des Gesetzes entschiden nicht begehommen war, und dann sagungen aus höheren ethischen Motiven. Es war nothwendig, an einem ganz besonders eklamanten Fall zu zeigen, was die Polizei sich in Breiten Alles ungefahr erlauben darf und wie schuldig der Bürger und die Bürgerin ihrer Pflicht gegenüber stehen. In diesem Sinne begreifen wir die Freisprechung mit einer gewissen Genugthuung, in diesem Sinne erklären wir uns selbst mit dem Reichstheger des Schumanns einverstanden, den der Geis-Geis für seinen Klienten in Anspruch nahm, und den sehr machen Anspruch that, daß der Fall Riefer kann solches Kuffehen erregt haben müße, wenn der Vater der mitshandlenen Dame nicht zufällig in einer Stellung von gemissem Einflusse gewesen wäre. Wenn der Prosektor aus der Polizei gehandelt wird, kümmert es den Richter nicht weiter. Ihm muß zu Gemüthe geführt werden, daß er die Segnungen des Polizeistaats an eigenen Leibe zu spüren bekommen kann, da es selbst seine Frauen und Töchter unter Umständen ihrer Ehre und Freiheit nicht mehr sicher sind. Ist der tüchtige, staatsführende Bürger zu dieser Erkenntniß gekommen, dann ist die Kolner Polizeifaire mit der Freisprechung des pflichtgetreuen Kriminal-Schumanns nicht zu theuer erkauft.

Mit 20 (sage und schreibe zwanzig) Mark belohnte die Eisenbahndirektion Eifen den Reichshelfer Thomas. Thomas hatte durch Kümmersamerkeit und entschlossenem Handeln am 23. Dabr. v. J. auf dem Bahnhof Steele-Roth den Zusammenstoß zweier Personenzüge verhindert. Thomas ist also noch glücklicher meggenommen, als der neulich erwähnte Lokomotivführer, welcher Thomas 2 und später noch 36 Mk. erhalten hat. — In einem ähnlichen Falle hat eine belgische Gesellschaft zwei Beamte mit je 25000 Franken belohnt. Jene Gesellschaft handelte es sich in Belgien um eine Privatbahn und in Preußen um Staatsbahnen!

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 6. Febr. Die österrichische Politik im letzten Jahre charakterist ist die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ wie folgt: „Andere Staaten mögen von der Theilung Chinas reden, wir haben das berühmte Verbot des Farbensagens in Prag, und das genügt uns vollaus. Das Charakteristische des nun fast ein Jahr in fesselnder Thau dahintobenden nationalen Kampfes ist die ungeheure Lieberzeugung, womit hier alle Vorkälle, die sich national halbwegs ausbeuten lassen, dargestellt werden. Wenn ein paar Studenten am Prager Graben mit ihren Kappen bummeln, ist das eine Katastrophe für das tschechische Volk; verbietet man ihnen die Kapfen, so ist das ein Beweis, wie schmächtlich das deutsche Volk bedrückt wird. Geirnet sich irgendwo ein Janz oder kommt es gar zu einer Kauferei, so ist der nationale Streisall fertig, und in spaltenlangen Teleggrammen wird die Gesellschaft unterrichtet, was für Entsetzliches sich wieder zutragen. So sind wir nun glücklich an dem Punkte angelangt, daß die Kinderstreich der Studenten ein politischer Faktor geworden sind, daß Veitmeritz, die Stadt, wo der berühmte Funke als Bürgermeister haust, der bewegende Punkt der Tagesgeschichte ist. Diese Entartung aller Dinge in Oesterreich ist der hauptsächlichste Grund, warum wir in nichts vorwärts kommen, sondern in dem Sumpfe der nationalen Verwirrung verenden. Die Politik ist in Oesterreich eine Sammlung von leeren und nichtigen Schlagworten, in denen jeder Anfang einer ersten Diskussion erstickt wird und die Stelle einer sachlichen Prüfung der Dinge, wie sie anderswo geübt wird, vertritt hier das blinde und bornierte nationale Schlagwort. Kurz, es ist zum Erbarmen, wie dumm und läppisch die Dinge sind, mit denen man sich in Oesterreich seit Jahr und Tag beschäftigt; Dinge, die uns zu dem China Europas machen.“

Spanien.
Madrid, 4. Februar. Nach dem amtlichen Rechnungsbereicht hat der Krieg auf Cuba vom 1. April 1895 bis zum 1. Januar 1898 an hohen Ausgaben 1800 Millionen Franks gekostet, während sich die noch nicht bezahlten Beträge für Vorkosten und Gehälter auf 300 Millionen Franks belaufen. Die Kosten für das Jahr 1898 sind vorausgesetzt, daß die Operationen in der bisherigen Weise ihren Fortgang nehmen, auf 420 Millionen Franks bezehant, doch reichen die gegenwärtig vorhandenen Baarmittel der Regierung bis zum 1. April. Alsdann heißt der Finanzminister von den Cortes neue Mittel bewilligt zu erhalten.

England.
Nach eine Ministerrede über China. Der Sekretär für Schottland, Lord Balfour, hielt am 4. Februar vor seinen Wählern in Leeds eine Rede, worin er sich gegen die Behauptung wendete, daß die Regierung bei den Verhandlungen mit China Schwäche gezeigt habe. Es sei nicht wahr, daß die Regierung auch nur in den geringsten Details ihre bereits dargelegte Politik im äußersten Osten aufgegeben oder in ihren gerechtfertigten Ansprüchen in Folge eines auswärtigen Druckes nachgegeben hätte. Die Regierung halte an den bereits von mehreren Rabinetsmitgliedern abgegebenen Erklärungen fest. Balfour wiederholte die Versicherung, daß sich die Interessen Englands in China nur auf den Handel und nicht auf die Erwerbung von Landgebiet erziehen. England wünsche kein Gebiet in China, mit Ausnahme der nothigen strategischen Punkte; es wolle nicht die Last eines neuen Indien auf sich nehmen. Die Verantwortlichkeiten Englands in Asien seien bereits recht groß, und man dürfe nicht mehr als das durch die Verträge gesicherte Recht der gleichen Stellung in den Handelsangelegenheiten zu erlangen wünschen. So lange die Regierung diese Gleichheit zu wahren wisse, werde sie das Vertrauen des Landes verdienen. Schließlich beflagte Balfour das Bestreben der Politik der Regierung nach unrichtigen Angaben zu beurtheilen. Die Verhandlungen seien so besser Natur, daß man nicht einmal unbegründeten Gerüchten widerstehen könne, aus Furcht, einen falschen Eindruck hervorzuwirken.

Oldenburgischer Landtag.
6. Sitzung vom 4. Februar, Nachmittags.
In der Nachmittags- 4 Uhr wieder aufgenommenen Sitzung kam zunächst die Angelegenheit zur Besprechung, betreffend eine Nachbewilligung von 17584 Mk. für den Rückzahlungen in Roddenham und die Bewilligung einer weiteren Summe bis zu 90000 Mk. für Vertheilung nach in Richtung gemessener Gutsausgaben und Behebungen dafelbst. Die Reichstheger von 17584 Mk. sind enthalten, indem Einkünften an dem Budget vorgesehen werden müßten, zu denen aber die Eisenbahndirektion vorher nicht die Genehmigung des

Ministeriums eingeholt hat, hierauf führt sich der Antrag der Ministerheit des Reichstheger, die ein solches Gesetzen (die Rechte, die die Summe nachträglich bewilligt, ohne den Landtag zu fragen) als verfassungswidrig bezeichnen und beantragen, eine Staatsanwaltschaft mit Erlaube die Abrechnung über die Anlage eines Fidejuciarfonds dem Landtage wieder vorzulegen, nachdem die Reichstheger die dem Landtage freigelegte mit ein schlußliche Rechnungsgewiss vorliegt. Bis dahin behält sich der Landtag keine Entscheidung über die beantragte Bewilligung für die Vertheilung vor.“

Die Ministerheit des Reichstheger beantragt ferner, die obige Nachbewilligung auszusprechen.
Der Reichstag in seiner Gesamtheit einhellig stellt in Bezug auf die obige Bewilligung den Antrag, diese Summe zu bewilligen unter der Bedingung, daß die Bremer Reichstheger „Rechte“ die vollständig aufgewendeten Mittel mit 1/2 Proz. pro anno versetzt und außerdem die Hälfte der noch freigebliebenen der gebundenen Bauren alsbaldig mit 4 Proz. pro anno versetzt werden müßten, falls diese nicht durch die Organisationsarbeiten ermaußelten Weiterlosen der Unterhaltung trägt.

Finanzminister Deumann machte den Versuch, das Bestehen der Eisenbahndirektion in milderen Licht darzustellen, als bisher gesehen worden ist, und äußert sich zu dem Antrag, daß die Eisenbahndirektionserfahre gehandelt hat. Sie hätte formell vorher die ministerielle Genehmigung zu der Abrechnung von dem beschlossenen Budgeterfahre einholen müßen. Aber es handelt sich hier um eine Abrechnung, die gegenüber einem so harten finanziellen Gesetzen an dem ursprünglichen Plan nicht möglich und auch nicht wünschenswert. Der Regierung muß es vorbehalten bleiben, Abrechnungen vorzunehmen, und solche Abrechnungen haben sich hier als notwendig erwiesen. Eine Genehmigung der Reichstheger vorgenommen werden müße. Wenn nun die Eisenbahndirektion geglaubt hat, daß sie bezügliche Abrechnungen, die der Natur nach nothwendig sind, auch ohne Weiteres ausführen kann, besonders da sie angenommen, daß sie unmittelbar der Reichstheger möglich seien, so kann man ihr doch keinen so großen Fehler daran machen. Die Genehmigung habe ich denn auch sofort erteilt und damit trag ich dafür die Verantwortung. Im Reichsthegerbericht steht nun, daß es sich hier um verfassungswidrige Lieberzahlungen handele. Dieser Ausdruck möchte denn doch wohl etwas zu hart gewählt sein; ein verfassungswidriges Gesetzen wird man mit wohl nicht so gutmaßen. Ferner ist dann in dem Reichsthegerbericht gesagt, daß das Ministerium dem Reichstheger die Reichstheger die Eisenbahndirektion gegenüber lieber nicht mit demjenigen Inhalte ergangen sein müße, wie es geeignet wäre. Eine Wiederholung solcher Vorkälle in Zukunft zu verhindern, die nachträgliche Genehmigung der ausgedienten Reichsthegerungen beim der Reichstheger haben sei einmüde in der dringlichsten Weise auszusprechen. Nun, meine Herren, welche Form der Minister wählen will in einem solchen Falle, ob er grad oder mild verfahren will, das muß doch wohl seinem eigenen Gewissen anheimgelassen werden. Wie ich denn in Wählereisen, hat er durchaus nicht überlegen wollen, sondern vielmehr geglaubt, in der lapidalen Weise vorzugehen; denn ich betone nochmals, daß die Verlegung des Reichstheger nicht nothwendig war. Ich glaube deshalb, daß das Bestehen der Eisenbahndirektion in einem reinlich milderen Licht erscheint, als es bisher gesehen worden ist.

Abg. Schulte (als Reichstheger der Ministerheit) führt aus: Der Minister meine, daß belohnt bei Wasserbauten sehr leicht Veränderungen des Projekts vorkommen können; das gebe der Reichstheger auch zu, und besonders, wenn reich gefaßt werden müße, wie in vorliegendem Falle. Aber daraus ist nicht zu entnehmen, daß es sich darum, daß die Eisenbahndirektion die Genehmigung zu der Veränderung des Projekts nicht wieder, sondern nach nachträglich eingeholt habe. Es ist sich hier um eine kleine oder große Summe handele, ist gleichgültig. Dem Kommissar der Reichstheger der Reichstheger hätte er ausdrieklich, durch das Bestehen der Reichstheger einmüde in die Reichstheger des Landtags einmüde in der Zwangsjade, zu bewilligen, verlegt hat, der Minister habe der Eisenbahndirektion die nachträgliche Genehmigung zu den Veränderungen erteilt, nachdem er sich an Ort und Stelle von der Notwendigkeit dieser Veränderungen überzeugt habe. Der Minister habe gesagt, daß es seine Sache sei, ob er die nachträgliche Erlaubnis zu der Veränderung in einer milden oder harten Form erteilen wolle. Das sei gegeben; aber es sei auch zu befürchten, daß bei so milden Veränderungen Reichstheger in der Reichstheger erteilt werden sei, aber infanter sei beifolgt wie unzulässig, wenn etwas Interessantes sei auch zugleich etwas Unsittliches. Die Reichstheger sei auch der Ansicht, daß die Genehmigung zu den Projektänderungen vorher hätte eingeholt werden müßen. Der Minister habe aber im Reichstheger erklärt, daß er in einer Reichsthegerbewilligung der Reichstheger eine gegen sich gerichtete Spitze sehen müße und das wolle die Reichstheger vermeiden; er bitte deshalb, den Reichsthegerantrag anzunehmen.

Abg. Süssgen erklärte, die vom Minister zu Gunsten der Eisenbahndirektion vorgebrachten Gründe nicht anerkennen zu können. Am ganzen Lande sei man der Meinung, daß, wie schon so oft, so auch hier eine Unzulässigkeit der Eisenbahndirektion vorliege und daß das Abkündigungserfahre des Reichstheger von Ministerium aus äußerlich zum Ausdruck kommen müße. Der Minister habe gesagt, daß er den Rückfuß Kommissionen gebildet habe, um das gute Uebernehmen zwischen Landtag und Regierung wieder hergestellt zu werden müße. Die Reichstheger habe bereits Urtheil gefällt, und zwar bei der Nachprüfung von Bau der Bahn Eisenbahn-Verthe, und dieses Erfolge habe auch seine Reichstheger getragen. Im Interesse des Landes bitte ich die Ministerheit, von ihrem Antrag abzusehen, damit das eigene harmonische Verhältnis, wie es früher zwischen Regierung und Landtag bestand, wieder hergestellt werden könne.

Nach längeren weiteren Erörterungen, in denen es besonders klar feststell wurde, daß für die Baggerungen in Roddenham eine Summe von 1800 Mk. jährlich gefaßt sei, während jetzt 25000 Mk. eingesetzt seien, wurde der Reichsthegerantrag angenommen, der Reichsthegerantrag aber in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag des Organisationsausschusses wurde angenommen mit der Veränderung, daß dort hat „die Hälfte“ ersetzt wurde, „4“.
Es wurden ferner noch ein Beratungsgesetz erörtert, mehrere Vorlagen beim. Petitionen, von denen nur noch die beiden folgenden Gegenstände ernähmend vorzulegen sind: Der, von und bereits mitgetheilte Antrag des Abgeordneten Süssgen, die Regierung müße mit der Unterstützung des Reichstheger die Reichstheger auf die Vertheilung eines Reichstheger für das drohendem Bedacht nehmen, wurde, entgegen dem Reichsthegerantrag, nach leb-

alter Debatte angenommen, nachdem von verschiedenen Seiten die Richtigkeit der Errichtung eines Notariats bestritten worden war.

Der Antrag des Hrn. Wägge, die Regierung möge an den Fallfall der Wägge-Erhebung vom Beginn der nächsten Finanzperiode an Bedacht nehmen, ist von der Versammlung als erledigt, wurde abgelehnt.

Der Antrag des Hrn. Köhler, den Bescheid, dem Bescheid der Richter des Schönen eleganten Kaufmanns (niederer Richterstand) für den Fall, daß derselbe im Jahre 1898 in Dresden stattenbende landwirthschaftliche Ausstellung besichtigt, einen Zuschuß aus Staatsmitteln im Betrage von 3000 Mk. zu bewilligen, wurde angenommen.

Cherzingerkath. Jugend. Ist die Sache zum Bescheid im Namen des Großherzogs.

Präsident Groß brachte ein Koch auf den Großbesatz aus.

Gewerkschaftliches.

Das Arbeitersecretariat Nürnberg hatte im Geschäftsjahre 1896/97 (1. Novbr. 1896 bis 31. Decbr. 1897) eine Umnahme von 7479,33 Mk., was ein Nettoerforderniß von 645,67 Mk. aus dem vorhergehenden Geschäftsjahre kam. Die Ausgaben betragen sich auf 7211,33 Mk., so daß am 31. December 1897 ein Nettoerforderniß von 616,67 Mk. Die Ausgaben haben sich gegenüber dem vorangehenden Geschäftsjahre durch Anlage einer Statistik erheblich gesteigert.

Aus Stadt und Land.

Bant, 8. Februar.

Gemeinderathung. Am Donnerstag den 10. Februar, Abends 8 Uhr, findet im Rathsaule eine Gemeinderathung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Amtstatistik; 2. Bezirksvorwahl; 3. Wahl von Revisoren für die Gemeinde-Kassenrechnung pro 1897; 4. Ausbau der Bremer- und Wirthschaftsstraße; 5. Abänderung des Entwässerungsstatuts; 6. Verschiedenes.

Die Debatte des „Gemeinnütigen“ giebt zur Zeit „berühmte“ Proben ihrer Freisinnigkeit. Bekanntlich hat dieselbe mit uns und in noch schlimmerer Weise mit dem Genossen Duden einen Krachsel vom Zaune gebrochen, weil dieser es gewagt hat, in einer freisinnigen Versammlung zu Dares das Verhalten des Verlegers des „Gemeinnütigen“ erfüllbaren Forderungen seiner Arbeiter gegenüber als Beweis anzuführen, daß in der freisinnigen Volkspartei die Arbeiterfreundlichkeit in Worten mit der Arbeiterfeindschaft in Thaten manchmal im Widerspruch steht. Wir haben nun unparteiischer Untersuchung der Sache auf einen unerhöhten gegläubigen Artikel gegen Duden setzen Partei ergreifen und die Beschuldigungen, die dort gegen diesen geschleudert, zurückgewiesen. Einer Einladung, in einer von sozialdemokratischer Seite einberufenen Versammlung mit Duden sich auseinander zu setzen, hat der Redakteur des „Gemeinnütigen“, Herr Dr. Robert Almers, keine Folge gegeben. Es wäre, bedäuflich gesagt, für den Schüler Ventanas, für welchen er sich ausgiebt, wahrscheinlich unter seiner Würde, mit einem Arbeiter zu diskutieren. Dagegen hat er als Antwort auf unseren Aroberartikel der sozialdemokratischen Partei die Aufnahme einer Versammlungsanzeige für die Versammlung in Vorlage verweigert und wird wahrscheinlich der Partei auch fernerhin die Aufnahme von Versammlungsanzeigen verweigern. Es ist das eine wunderbare freisinnige Toleranz. Doch wenn der Redakteur des „Gem.“ glaubt, die sozialdemokratische Partei damit schädigen zu können, so irrt er sich gewaltig. Diese wird leicht Mittel und Wege finden, ihre Versammlungen bekannt zu machen. Einen noch abschließlichen Streich hat der Herr Dr. Robert Almers gegen zwei seiner Schriftsteller, lange Jahre bei ihm beschäftigte Arbeiter, geführt. Er hat ihnen gekündigt, weil er sie im Verdachte hat, daß sie dem Verleger dieses Blattes, Genossen Hug, Mittheilung gemacht hätten über das taxirwidrige Verhalten des Herrn Rob. Almers. Herr Almers kombinirt nämlich so: Ein gewisser Seger hat Hug darüber Mittheilung gemacht, dieser dem Duden und dieser hat mich in der Versammlung bei Domsä damit blamirt. Daß die Sache so ist, wie er in seinem Denkerbuche sie sich zurückgeföhlt, glaubt er darum annehmen zu können, weil der Seger vor mehreren Wochen, als er von Almers schon einmal gekündigt war, als Hug persönlich antret, ob in dessen Thun eine Stelle frei ist. Dieser hat nun zu Duden seine Züße darüber geipoden, am allerwenigsten darüber, daß der Schriftsteller über die taxirwidrigen Arbeitsverhältnisse in der Druckeret des Gemeinnütigen ihm etwas berichtet habe. Den Herrn Doktor scheint das böse Gewissen geplagt zu haben und noch zu plagen und da hat er denn ein Verbrechen gegen freisinnigkeit, Toleranz und Wahrheitsliebe auf das andere gebäut und ist schließlich auch noch zur Wartregelung von zwei an dem Krachsel ganz unschuldigen Schriftsteller geschritten. Das Schönste bei der Geschichte ist nun, daß das, was Herr Rob. Almers immer behauptet hat, doch unwar ist, nämlich daß der Buchdrucker-Tarif von 1896 schon 1896 von ihm in seiner Offizin durchgeführt worden sei. Aus dem Papier hat er sich dieser Zeit gegeben, aber nicht in Wirklichkeit. Erst vor einigen Wochen ist er in der That in Wirklichkeit getreten, nachdem des Tarifamt bayrischen getreten. Herr Robert Almers hat also nicht nur den Genossen Duden zu Unrecht der Lüge geziehen, sondern ist selbst auf einer Lüge ertrapt worden. Da ihm das begrifflicher Weise fatal ist, sucht er sich auf eine unerhörte Weise an Unschuldigen zu rächen. — Ueber die Fricthe, welche diese Befridigung des Nachdruckes zeitigen

wird, brauchen wir nicht zu erschrecken, wohl aber der junge freisinnige Rebatteur des „Gemeinnütigen“ und seine politischen Freunde.

Varietés-Theater. Die dritte Vorstellung des Theaters Varietés vom „Athenischen Hof“, Direkt. Schäfer, am Sonnabend im „Colosseum“ wird leider wieder einen recht unglücklichen Besuch auf, obgleich die Darstellungen sämtlicher Künstler durchwegs gute sind und somit wohl einen besseren Besuch verdient hätten. Da beim Publikum vielfach der Glaube vorherrscht zu sein scheint, daß man es hier mit einem Tingei-Tangel untergeordneter Art zu thun hat, so sei demgegenüber darauf hingewiesen, daß wohl sämtliche Besucher der bisherigen Vorstellungen diese stets befricdigt verlassen haben und außerdem die Direction bisher befricgt war, stets mit neuen und abwechslungsreichen Programmen aufzuwarten. Gesangsliche, humoristische und theatrale Vorträge, akrobatische Leistungen und Verwandlungsleistungen lösen sich in bunter Reihenfolge befändig ab und ernten den lebhaftesten Beifall. Unfreitig wird daher jeder Besucher auf seine Rechnung kommen.

Neubremen, 8. Februar.

Bürgervereinsversammlung. Die letzte Versammlung des Vereins beschäftigte sich mit der Aufstellung von Kandidaten zur Kirchenratswahl und wurden nach langer Diskussion die vom Bürgerverein Bant aufgestellte Viste aufgestellt. Auch die Wasserleitung wurde erörtert und davon Kenntnis genommen, daß der Unternehmer die Vorarbeiten wieder aufgenommen hat. Herausgestellt hat sich, daß in der Bibliothek eine Anzahl Bücher fehlen und werden demnach diejenigen, die vom Bürgerverein Neubremen Bücher in Händen haben, aufgefordert werden, dieselben zurückzugeben.

Wilhelmschaven, 7. Februar.

Die Herren Apotheker Doppelmann, Gasse und König haben den hiesigen Ortskrankenkassen in einem Schreiben mitgetheilt, daß sie diesen Kassen den bisher üblichen Rabatt von 10 Prozent auf Arzneien nicht mehr gewähren könnten, da die Regierung die preussische Medizinaltarif, nach welcher bekanntlich die Arzneien 8. im Preise berechnet werden „erheblich“ ermäßigt habe. Wie schiedlich, die Apothekerpreise „erheblich“ zu ermäßigen! Wir haben nun Erkundigungen eingezogen und erfahren, daß die Ermäßigung dieser Tare durchschnittlich nur 3 bis 4 Prozent betragen soll — und darum müssen 10 Prozent Aufschlag behalten. Doch halt, die Herren können auch gnädig sein. Sie sind nicht abgeneigt, gütig 5 Prozent Rabatt zu gewähren, wenn die Rechnungen des abgelaufenen Monats bis zum fünften Tage im neuen Monat beglichen sind und wenn sämtliche fog. Handverkaufsaufartikel, wie Wein, Gemisalfen, Verbandzeug usw. die in den Droguen-Handlungen auch zu haben sind, seitens der Kassen nur in den Apotheken gekauft werden. Wir glauben gern, daß die Apotheker hierfür fünf Prozent Rabatt eintauschen können. Wir glauben aber auch, daß die Kassen durch diese Rechnung einen Strich machen werden. Jede Kasse hat noch mit dem Zusammenbringen des gefälligen Referendats Mühe und Noth und eine solche Preisabgabe muß da irgendwie wieder ausgeglichen werden. Es liegt nun nichts näher, als daß von den Kassen an den horenden Apotheken zu sparen geübt wird, zumal diese Kosten nach dem Urtheil ärztlicher Autoritäten zu einem erheblichen Theile als unnütz verurtheilt betrachtet werden. Durch ihr Vorgehen werden die „armen“ Apotheker gewiß nicht reicher werden.

Für Eltern und Vormünder, deren Kinder oder Pflegekinder in diesem Jahre aus der Schule entlassen werden, dürfte eine Verfügung der königlichen Regierung zu Aachen von Interesse sein. Dieselbe ordnet nämlich im vorigen Jahr in der Erwartung, daß die Maßregel zur Verbeiführung eines regelmäßigen Schulbesuchs und möglicher Verminderung der sonst bedenklichen Dispensationen vom Sommeraufsuche wesentlich beitragen werde, folgendes an: Diejenigen Schulkinder, die bis zum 30. Juni des betreffenden Schuljahres das 14. Lebensjahr vollenden, können auf Antrag der Eltern resp. Vormünder und nach gemeinsamer Prüfung der in Betracht kommenden Verhältnisse Seitens der Ortschulinspektoren zu Eltern schon von dem Kreischulinspektor aus der Schulpflicht entlassen werden. Zweifelhafte, sowie solche Fälle, in denen weitergehende Anträge gestellt werden, wenn man beispielsweise ein Kind, welches nach dem 1. Juli, aber noch vor Michaelis das 14. Lebensjahr vollendet, bereits zu Eltern vom Schulbesuch befreit haben möchte, sind durch den Kreischulinspektor der königlichen Regierung zur Entscheidung vorzulegen. Es empfiehlt sich, die bezüglichen Anträge möglichst bald, jedenfalls aber vor den Osterferien einzureichen, weil Entlassungen mitten im Schuljahre von Lehrern so wenig wie von der Behörde gern gesehen werden. Als unbedingte Voraussetzung bei jeder vorzeitigen Schulentlassung ist jedoch durchaus festzuhalten, daß die fraglichen Schulkinder die Prüfung der 13jährigen Schüler bestanden, seitdem normale Fortschritte gemacht und sich tadellos geführt, sowie die Schule stets regelmäßig besucht haben.

Heppens, 8. Februar.

Die Familienvertheilung des beliebten Künstlerpersonals, das seit einiger Zeit im Restaurant zum „Jadebusen“ Vorstellungen giebt, war sehr

zu bedäuf. Das Publikum amüßte sich auf Beute und geizte nicht mit seinem Beifall. Die Leistungen des Künstlerpersonals sind auch recht gute.

Reuende, 7. Februar.

Bürgervereinsversammlung. Am Sonnabend Abend hielt der „Neue Reuender Bürgerverein“ seine erste Monatsversammlung im neuen Vereinslokal statt. Der Besuch der Versammlung war durch den Umstand, daß auf der West-Heidenbrunn gemacht werden, beeinträchtigt. Es wurden vier neue Mitglieder aufgenommen. Hauptgegenstand der Besprechung bildete das Feuerlöschwesen und die Nothwendigkeit der Beschaffung des Fuß- und Fahrweges der fogen Kirchreihe auf Heppenler Gebiet.

Nordenham, 7. Februar.

Bei den Stürmen der vorigen Woche hat auch der Fischdampfer „Präsident v. Niblenfels“ seinen Steuerkasten verloren. Im ganzen haben in diesen Stürmen vier Steuerleute von der Unterseefer den Tod gefunden.

Geestmünde, 4. Februar.

Der Bau der Bahnstrecke Geestmünde-Bremervede-Stade soll durch Eisenbahn-(Depot-)Kantienführer ausgeführt werden. Die letzteren werden unter dem Kommando des Hauptmanns Albert von Eilenbathregiment Nr. 2 in der Stärke von 180 Mann und 4 Offizieren bereits am 12. April hier eintriften. 30 Mann sollen auf etwa 24-30 Tage in der Artillerie-Kaserne zu Uebe einquartiert werden. Die übrige Besetzung erfolgt in drei Vertrieben für verschiedene Orte des Kreises Geestmünde, und zwar werden während der ersten Periode in Ualdburg 1. Offizier und 150 Mann, dann in Dornum und Seelitz 2 Offiziere und 75 Mann und zuletzt in Weel und Friedberg je 1 Offizier und 50 Mann, in Geestmünde 1 Offizier und 30 Mann einquartiert werden. Die weitere Einquartierung erfolgt dann später im Kreise Bremervede.

Riel, 7. Februar.

Sämtliche Leichen der mit der Dampfmaschine verunglückten Leute sind aufgefunden und geborgnen worden. Die Pinnasse ist gehoben. Die Verbringung der Leiden findet am Mittwoch wahrscheinlich statt.

Cberstein, 3. Februar.

Zur Reichstagswahl aus dem ersten oberbayerischen Wahlkreis. Im hiesigen Wahlkreis, welcher die Kreise im Fürstenthum Bistefeld, sind unter Oberster bereits eifrig an der Wahlarbeit. Im Oberstein fand am 28. Januar, wie die „Zeit. Hg.“ meldet, eine scheidlich behaltene Versammlung statt, in welcher die Kandidatur des Oberbayerischen Baurmann in Uebung einstimmig angenommen und ein Wahlkomitee gebildet wurde. Ferner bereit gegenüber der nationalliberalen Kandidatur, der Sozialdemokraten und Sozialdemokraten Dr. Semier den Kreis. Derselbe hat vom 25. bis 30. Januar an neun verschiedenen Orten Versammlungen abgehalten und sich möglichst in allgemein einmündigen Behauptungen bewegt, ohne in letzteren Tragen eine bestimmte Partei zu belegen. Er nannte sich „Wahlkandidat“. Für das Nötigste allerdings begiebt er sich in der bekannten Weise der Offizien, daß der Deutsche oft mehr an Gerathen besahe an einem Abend, als die Nötigen besahe. Mit den Agensoren leitete Herr Semier durch Uebungen, in die sein Eintritt bei hiesigen Bismarck die Verantwortlichkeit eines zurückgehenden sei. Andererseits besetzte er wieder das Wohlthun der Industrie als Bedingung gegen Auswanderung. Dieses Schließen nach allen Seiten war auf seiner Seite vertauchen. Die letztere vertheilt sich durchwegs nicht abnehmend gegen den Kandidaten.

Vermishtes.

Schutz gegen Schulpflicht. Die Strafkammer in Köln verurtheilt am 4. d. M. einen Kölner Schutzmann wegen Mißhandlung im Amte, sowie wegen Verleitung zum Meineide zu 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust und ordnete dessen sofortige Verhaftung an.

Ein Geisteskranker. Der Einbruchdiebstahl, der am 17. Februar v. J. im Pohnersollernmuseum in Berlin verübt wurde, hat sich nach der am Dienstag vor der 4. Strafkammer in Berlin geführten Verhandlung als die That eines Geisteskranken herausgestellt. Gegen den Thäter, den 23jährigen Kaufmann Adolf Koh aus Forstheim, lagen außer jenem Diebstahle noch zahlreiche andere Straftaten vor, die in Karlsruhe, Rastatt und Mannheim verübt worden sind und sich auf dem Gebiete der Zechpreller bewegten. Er wurde auf Grund des ärztlichen Gutachtens, das ihn für irrünftig erklärte, freigesprochen. Der Wertheibiger sprach seine Ueberzeugung aus, daß der Angeklagte schon bei seinem Eintritt in's Militär geisteskrank gewesen sei und die vielen Strafen zu Unrecht erlitten habe.

Ein Prediger kirchlicher Rücksicht. Der katholische Kaplan Müllerber in Derronabibahn bei Reihelm (Bayern) hätte auf der Kanzel über den bauerndürftigen Redakteur Schwab von der „Neuen Freien Volksztg.“ in München sich geäußert: „Dieser Schwabmens! Ich warne vor diesem Blatte. Das ist Bauernräuber!“ Redakteur Schwab stellte Verbeugungsklage. Das Schöffengericht sprach jedoch den Kaplan frei. Was würde das Gericht sagen, wenn Redakteur Schwab den Kaplan einen Schwandmengen, einen Bauernsänger genannt hätte? Redakteur Schwab wird übrigens Verurteilung einlegen.

Die San José-Schildlaus. In Hamburg hat man auf amerikanischen Ost San José-Schildläuse gefunden, und darauf hin ist die Einfuhr frischen Obstes aus Amerika verboten worden. Die genannte Schildlaus (Aspidiotus perniciosus) soll ein Pflanzenfresser nicht minder verheerender Art wie der Koloradokäfer

und die Reblaus sein. Er sucht namentlich die Obstkulturen beim, verschont aber auch andere Bäume und Sträucher nicht. So fand man die San José-Schildläuse auf Linden, Spindelbaum, Spiräen, Weißdorn, Cotoneaster, Kirschen, Ulmen, einzelnen Weidenarten und anderen mehr. Das Thier vermehrt sich in Amerika mit ungeheurer Schnelligkeit und richtet die von ihm besessenen Gärten in kurzer Zeit zu Grunde. Die eigentliche Heimath des Schmarotzers ist nicht bekannt. Jureit wurde sie nach Chile eingeschleppt, von wo sie sich die Westküste entlang nordwärts ausbreitete. In den aufziger Jahren trat sie in Kalifornien auf und vermehrte dort die Obstplanzungen. Namentlich machte sie sich an Birnbäumen, Pfirsichen und Pfäumen bemerkbar, und da sie sich zunächst in der Umgebung der Stadt San José verbreitete, so erhielt sie davon ihren Namen. Später kamen Nachrichten über ihr verheerendes Vorkommen in den Staaten, bis schließlich unumkehrbar wurde, daß auch die 14 Staaten östlich der Rocky Mountains völlig verheert sind.

Neuere Nachrichten.

Berlin, 7. Febr. Im Abgeordnetenhaus wurde heute die lex Arons beraten. Die meisten Redner erklärten sich mit der Vorlage im Allgemeinen einverstanden. Die Vorlage wurde an eine Kommission von 14 Mitgliedern verweisen.

Leipzig, 7. Febr. Geheimrath Dr. Rudolf Leuckart, Professor der Zoologie und Zoologie, an der hiesigen Universität, ist gestorben.

Goslar, 6. Februar. In den Nachmittagsstunden berichte hier heute ein fürchterlicher Schneesturm. Der Wind kommt aus westlicher Dinnelrichtung bei 0 Grad Raumort. Heute Nachmittag wurden schon Verkehrsstörungen gemeldet.

Wien, 6. Februar. Deutschnationale und slawische Studenten hielten heute Versammlungen ab. Zur Verhinderung von Zusammenkünften waren umfassende Polizeimaßnahmen getroffen. Die Versammlungen verliefen ruhig, jedoch wurden zehn Studenten wegen Widergesichts gegen die Waage arretrirt.

Paris, 4. Febr. Deputirtenkammer. Im Laufe der Beratung über das Budget des Auswärtigen, wobei Delance die Räumung Kongoens und die Neutralisirung des Mittelafrikas verlangte, trat Delance auf, welche Haltung Frankreich gegen den Kriegsinen in China annehme. Delance kritisiert dabei die französisch-russische Allianz und bemerkt, dieselbe habe nur für Rußland Nutzen und behauptet, es bestie eine gewisse Connivenz zwischen Rußland und Deutschland. Goblet wirft der französischen Diplomatie vor, daß sie die Geschäfte Europas zum Schaden ihrer eigenen Interessen bejore.

Paris, 7. Februar. Die Verhandlung im Prozeß Jola wurde Vormittags 10 Uhr eröffnet. Präsident de Lagorze gab bekannt, er werde den Saal räumen lassen, sobald irgend welche Rundgebung stattfinden sollte. Es wurde jedoch zur Auslösung der Geschworenen gebricgt. Der Gerichtshof schränkte die Beweisführung Jola's auf seine Behauptungen bezüglich des Prozeßes Eberhays ein. Die als Zeugen vorgefchlagenen und von der Vertheidigung geladenen Offiziere sind nicht erschienen. Jola und seine Vertheidiger beantragten die Inangelschuldung derselben, darunter auch der Richter des Majors Dreyfus.

Athen, 7. Febr. Es kommt in Thessalien noch fortwährend zu blutigen Zusammenstößen zwischen türkischen Soldaten und griechischen Bauern. Meldungen aus Lamia besagen, es seien etwa 100 Personen getödtet und verundet worden; diese Nachrichten sind aber wahrscheinlich übertrieben. Den türkischen Truppen ist es gelungen, mehrere Dörfer zu besetzen.

Newport, 6. Febr. Der „Newport Herald“ meldet aus Panama: In Colarica und Nicaragua macht sich eine starke revolutionäre Bewegung bemerkbar, die gleichzeitig die Regierungen beider Staaten bedroht. An vier Stellen brachen zu derselben Zeit Aufstände aus. In Nicaragua halten die Aufständischen die Stadt San Juan besetzt; über den Aufbruch in Colarica liegen bisher wenige Meldungen vor.

Vereins-Kalender.

- Sant. Mildeimshausen.**
- „Verband der Zimmerer“ Freitag den 11. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei G. m. o. l.
 - „Central-Krankenkasse der Zimmerer“ Freitag den 11. Februar, Abends 8 Uhr: Bekung der Beiträge bei G. m. o. l.
 - „Bürgerverein Seban“ Freitag den 11. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei G. m. o. l.
 - „Kranken-Kommision Seban“ Samstag den 12. Februar, Abends 8 Uhr: Sitzung im Rathsaule.
 - „Vollarbeiter-Verband“ Samstag den 12. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei G. m. o. l.
 - „Vereinigung der Holzer“ Samstag den 12. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei G. m. o. l.

Leipzig.

- „Vollverein Uebung“ Mittwoch den 9. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei G. m. o. l.
- „Vollarbeiter-Verband“ Samstag den 12. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei G. m. o. l.

Leitung.

Für die englischen Waldenbauer erhalten: Protagisten des Metallarbeiter-Verbandes 17,46 Mk. Der Vorstand

Oldenburg. Ungewöhnliche Aufkunft in Gemeinderathlichen, in Baden der Unfall, Alters- und Invaliditätsversicherung ertheilt 8. Heilmann, Waldenstraße 26, und G. W. W. Waldenstraße 1.

Verkauf.

Zur betriebl. Rechnung werde ich
Wittwoch, 9. d. Mts.,
 Nachm. 2 1/2 Uhr präz. ant.
 im Auktionslokale Neue Straße 2 öffentl.
 lich meistbietend gegen Baatzahlung
 verkaufen:

Coniferen, Kamelien,
 Azaleen, große u. kleine
 Palmen, Tulpen und
 Hyacinthen in Töpfen
 sowie diverse andere
 Pflanzen.

Heppens, den 7. Februar 1898.

H. P. Harms,
 Auktionator.

Verkauf.

Wittwochen 9. d. M.
 Nachmittags 2 Uhr

kommen im Auktionslokale ferner zum
 Verkauf:

1 **Plüschgarnitur**, bestehend
 aus Sopha und 2 Sesseln,
 1 Sopha mit br. Püschbezug,
 1 Sophatisch, 1 einschl. Bett-
 stelle m. Matratze, 2 Ersten,
 2 Stuhlampen, 1 Glas-
 schrank, verschied. Blumen-
 borten.

Heppens, den 7. Februar 1898.

H. P. Harms,
 Auktionator.

15 000 Mf.

suche ich zum 1. Mai d. Jz.
 gegen populärlich sichere Hypothek
 p. a. 4 1/2% anzuleihen.

Bant, den 29. Januar 1898.

Mandatar Schwitters,
 Bant.

Zu verkaufen
 ein gut erhalt. Kinderwagen.
 Bant, Abolfstraße 5.

Billig zu verkaufen:
 1 Gimerstrank, 1 Blumenisch, 1 Wasch-
 tisch, 1 Nachtschrank und 1 Bettstelle
 mit Matratze.
 Berl. Peterstraße 4, 2. Tr.

Eine schöne Oberwohnung
 zum 1. März oder 1. Mai zu vermieten.
 Grenzstraße 26.

Zu vermieten
 zum 1. Mai die von Herrn Trautz bisher
 innegehabten Kämmlichtseiten: Konditorei
 und Cafe nebst Wohnung.
 N. Müller, Neue Wilhelmsh. Str. 49.

Zu vermieten
 zum 1. Mai eine dreizimmerige Ober-
 wohnung an ruhige Bewohner.
Krebs u. Schnädel,
 Neue Wiltsh. Str. 80.

Zu vermieten
 vier- und fünfzimmerige Wohnungen mit
 allen Bequemlichkeiten der Neuzeit s. 1. Mai
 oder früher. **Pietisch, Kaiserstr. 43, III.**

Für sparame Hausfrauen
 empfiehlt

Phönix-Farben
 zum Karbärfen verbläuter Kleidungs-
 stücke, Wäbelbäume etc., sowie Stoff-
 farben zum Auf färben aller Stoffe.
R. Keil, Drog., z. rothen Kreuz,
 Weststraße 10.

Buchhandlung des „Nordd. Volksblattes“.

Durch und ist zu beziehen:

**Wichtigste der Deutschen Sozialdemo-
 kratie von Feins Rehring.** Das allen Ge-
 nossen empfehlenswerthe wissenschaftliche Werk
 mit in 35. hundertfünftigen Lieferungen
 à 20 Pf. erscheinen.

**Das Protokoll des letztjähr. Parteitag-
 es in Hamburg.** 232 Seiten hart.
 Preis 30 Pf.

**Die Gewerkschaften und die Sozialdemo-
 kratie.** Kritischer Bericht über die Lage und
 die nächsten Aufgaben der deutschen Arbeiter-
 bewegung, mit einem Anhang: Der
 Sozialer Parteitag und der Kgl.
 Parteitag. 30 Pf. Kosten extra für 10 Pf.
Großer deutscher Bauernkrieg. Von Dr.
 Wih. Zimmermann. Reich illustrierte Volks-
 ausgabe in 26 Heften à 20 Pf., Prachtband
 gebunden 6,70 Mf.

Die deutsche Revolution. Von Wih. Blas.
 Geschichte der deutschen Bewegung von 1848
 bis 1849. Mit vielen Illustrationen. In
 21 Heften à 20 Pf., Prachtband gebunden
 5,20 Mf.

Die französische Revolution. Von Wih.
 Blas. Vollständige Darstellung der Ereignis-
 se und Zustände in Frankreich von 1789
 bis 1804. Reich illustriert. In 20 Heften
 à 20 Pf., Prachtband gebunden 5,50 Mf.

Die Geschichte der Commune von 1871.
 Von E. Vogt. Zweite vom Verfasser durch-
 gesehene, reich illustrierte Ausgabe. Mit einem
 Nachtrag von Stanislaus Reubelion. In 14
 Heften à 20 Pf., gebunden 3,50 Mf.

Die englische Gewerkschaftsbewegung.
 Von E. Vogt. Preis brosch. 1,50 Mf., geb.
 2 Mf.

**Die Geschichte der Britischen Trades
 Unions.** Von Edwin und Beatrice Webb.
 Zweite von A. Rehring. In 7 Heften
 à 75 Pf., brosch. 5 Mf., geb. 6,50 Mf.

**Die Lage der arbeitenden Klasse in Eng-
 land.** Von Friedrich Engels. Preis brosch.
 2 Mf., geb. 2,50 Mf.

**Ein Beitrag zur Geschichte der bau-
 gewerblichen Arbeiterbewegung in
 Deutschland.** Preis 30 Pf.

**Der Streik der Eisenarbeiter und Zee-
 lenne in Hamburg.** Von G. Segen.
 112 S. Preis 20 Pf.

Die neue Zeit. Revue des geistigen u. öffent-
 lichen Lebens. Wöchentlich 1 Heft zu 25 Pf.
 lieber die materialistische Geschichts-
 aufassung. Ein Vortrag von Hermann
 G. v. S. Preis 25 Pf.

Schuldig oder nichtschuldig? Ordebrille
 eines aus dem Justizhause zurückgekehrten
 braunschweig. Devisiermeisters. Preis 10 Pf.

Arbeiter und Sozialismus. Von
 August Rehring. Preis in eleganter Aus-
 stattung 50 Pf., Kautions-Ausgabe 20 Pf.

**Die Handhabung des Vereins- und Ver-
 sammlungsrechts im Königreich Sachsen.**
 Zur Beacht. des Sachlichen Materialk. dar-
 gestellt von W. Hebel. 165 S. Preis 1 Mf.
 Porto 10 Pf. — Ein interessantes und lehr-
 reiches Buch über den Stand der politischen
 Freiheit im Deutschen Reich.

**Handbuch für Vereine und Veram-
 mlungsleiter.** Das Buchlein ist ein Weg-
 weiser für Reichstagswähler, ein Führer und
 Rathgeber im politischen Verein-, Versammlungs-
 und Gemeindefortschrittsverein und in der
 Kognition. Enthält auch die einschlägigen
 Gesetzbestimmungen. Reichst. Abth. 10 Pf.
 Formulare für Reichstagswähler, Eingaben, Wahlen,
 und Kullerstatuten. 72 S. Preis 30 Pf.

Wichtigste im Baugewerbe. Eine Arbeiter-
 vorrichtung, herausg. v. d. Generalcommission
 der Gewerkschaften Deutschlands. 72 S. Preis
 1 Mf. Unentgeltliches Handbuch für Bauarbeiter
 und Interferenzen.

Vollständig. Nachschlagewerk für lammliche
 Wissensweise mit besonderer Berücksichtigung
 der Arbeiterbewegung. Gesellschaftsrecht,
 Handelsverhältnisse und Sozialpolitik. Her-
 ausgegeben von Emanuel Warm. Original in
 Lieferungen à 20 Pf.

In freien Stunden. Eine Wochenschrift,
 Roman- und Erzählungen für das arbeitende
 Volk. Von Heft 10 Pf.

Die neue Heilmethode. Von Wiaten.
 Gieg. geb. 10 Mf.

Wih. Naturheilverfahren. In 18 Heften,
 à 50 Pf., elegant gebunden 9 Mf.

Die Naturheilkunde, ihr Wesen und Nutzen
 in gesunden und kranken Tagen. Von Max
 Gatzig. Gieg. geb. 5 Mf.

Der Naturarzt. Volksthum. Monatschrift.
 Preis exemplarisch 1 Mf.

Dr. Paul Schmidt's Naturheilkunde.
 Handbuch der Gesundheitslehre. Gieg. geb. 2,50 Mf.
Arbeiter-Kalender für 1898. In
 Galico geb. 60 Pf. Porto 10 Pf. — Wir
 können den überaus reichhaltigen Kalender,
 der gerade für die nächstjährigen Wahlen ein
 unentbehrliches Nachschlagewerk ist und durch
 die Kreislennanahmen lammlicher Arbeiterpost-
 toren, Gemeindefortschrittsvereinen und die
 positive Zustimmung Deutschlands über Rechte
 und Pflichten der Arbeiter für alle Arbeiter-
 treue an praktischem Werth gewonnen hat,
 allen Arbeitern bestens empfehlen.

Comptoir-Handkalendar für 1898.
 Preis 30 Pf.

Arbeiter-Kalender für 1898 mit täglichen
 Nachschlagewerk für die Gemälde, CBB, Blumen
 und Pflanzenkunde u. Landwirtschaft. 50 Pf.

Waarenhaus B. S. Bührmann.

Gelegenheitskauf!

NUR

Wittwoch, Donnerstag, Freitag.

Einige Hundert Dugend leinene

Jaquard-Handtücher

50 x 110 cm groß,

schwere prima Waare

Stück nur 30 Pfg.

Empfing heute eine Ladung

feinster Speise-Kartoffeln

(Magnum bonum sowie blafröthe Daberche)
und empfehle selbige zu den billigsten Tagespreisen.

D. Freese, Neubremen,

Mittelfstraße 14.

Mein gut fortirtes Lager in

Herren- u. Damen- Masken-Garderobe

halte bei Bedarf bestens empfohlen. Auch bin ich geneigt, die-
selbe bei billiger Preisstellung zu verkaufen.

Frau Gräbe, Neue Wilhelmsh. Str. 79.

Zur Beachtung!

Am den Bestand an Winter-Valetots zu räumen, gebe
ich selbige ohne Unterschied weit unter Einkaufspreis ab.

G. Kaiser, Schneidermeister,

Neue Wilhelmshavener Straße 48.

Im Verlag der Hamb. Buchdruckerei und Verlags-Anstalt

Kuer u. Co., Hamburg, erschien und ist durch Unterpunkte zu beziehen:

Der Neue Welt-Kalender für 1898.

Mit unterhaltendem und belehrendem Inhalt.

Wird ein Kupfer, ein farbiger Bild und ein Wand-Kalender.

Preis 40 Pfennig.

Buchhandlung des Nordd. Volksblattes.

Der wahre Jacob Nr. 301

ist erschienen. Preis 10 Pf. Bei Abonnement pünktliche Lieferung.

Buchhandlung des Nordd. Volksblattes.

Graf Posadowsky

und die Koalitionsfreiheit v. d. Reichstage.

Preis 20 Pfg.

Buchhandlung des Norddeutschen Volksblattes.

Arbeiter - Turn-Verein Phönix.

Freitag den 11. Februar
Abends 8 1/2 Uhr

Monats-Versammlung im Vereinslokal „Zur Arche“.

Tagesordnung:

1. Lebung der Beiträge und Auf-
nahme neuer Mitglieder.
2. Berichterstattung vom Beirts-
turntag.
3. Wahl von Mitgliedern zu ver-
schiedenen Ausschüssen.
4. Verschiedenes.

Die Versammlung wird pünktlich
8 1/2 Uhr eröffnet.

Der Vorstand.



Verein für
Thierschutz und
Geflügelzucht
zu Bant.

Wittwoch den 9. d. Mts.

Abends 8 Uhr

Versammlung

im Vereinslokal R. Krufe, Bantter Hof.

Der Vorstand.

Sprechstunde.

Ich halte jeden Sonntag Vor-
mittag von 9 bis 12 Uhr im Hotel
„Bantter Hof“ in Bant Sprech-
stunden ab.

Rechtsanwalt Carstens,
Oldenburg.

Architektonisches

Zeichen - Bureau.

Zur Herstellung von Bauzeichnungen
für Neubauten im oldenburgischen und
preussischen Gebiet, sowie zur Anfertigung
von Kohlenzeichnungen, Baubeschreibungen
und Baugesuchen, Feuerversicherungs-
und Wertberatern hält sich das Bureau
empfehlen. Rath in Bauwesen wird
unentgeltlich erteilt.

J. Grashorn,
Bant, Kirchstr. 5.

Gesucht. Möbl. Zimmer in der
Neuen Wiltsh. Str., Bant,
oder Nähe. — Offerten mit Preis unter
P. 7073 an die Erped. d. Blattes erb.

Achtung!

Hiermit zur Nachricht, daß der
historisch-geograph. Kalender
vollständig vergriffen ist.

**Buchhandlung
des Nordd. Volksblattes,**

Mehrere ganz neue

Damen-

Masken-Kostüme
sind billig zu vermieten.

Ulmenstraße 14, 1. Tr. I.

Uhren

Reinigen 1,50 Mf
neue Feder 1,50 Mf
Uhrglas 80 S.
J. Schöneboom,
Uhrmach., N. Wiltsh. Str. 31.

Dampfbäder

werden auf ärztliche Verordnung verab-
reicht; gebe auch warme Damen-
bäder für Damen und Herren zu
jeder Tageszeit.

Th. Steinweg, Masseur,

Kieler Straße 69.

Mieth-Verträge

empfehl
Buchhandlung des Nordd. Volksblattes.

1898 Wulf & Francksen's fertige Betten

werden, wie in den vergangenen Jahren,
durch ihre Güte und Preiswürdigkeit stets die Besten sein.



Verantwortlich für die Redaktion: W. Rotzke in Wilhelmshaven; Druck und Verlag von Paul Hug in Bant.